



Europäischer Essaywettbewerb für Studierende 2014

gestiftet durch die Europaabgeordneten

Martin Kastler, Bundesvorsitzender der Ackermann-Gemeinde aus Nürnberg,
und Dr. Libor Rouček, Vizepräsident des Europäischen Parlaments a.D. aus Prag

Thema: „Was sagt der Umgang mit Minderheiten über den Zustand unserer Demokratie aus?“

Daniel Jerke

20 let, Studienfach: Europastudien mit sozialwissenschaftlicher Ausrichtung
TU Chemnitz

Was sagt der Umgang mit Minderheiten über den Zustand unserer Demokratie aus?

Viele Menschen in Deutschland glauben, dass Minderheitenschutz nichts mit ihnen zu tun hat.

„Juden, Dänen, Muslime, Friesen, Zigeuner, Sorben, das sind Minderheiten. Und vielleicht brauchen diese Gruppen auch Schutz, aber was geht das mich an?“, sagen sie, „ich habe nichts gegen Ausländer oder Minderheiten. Ich bin doch kein Nazi!“

Viele Menschen in Deutschland halten sich für einen Teil der Mehrheitsgesellschaft. Und das in vielfacher Hinsicht: „Wir sind doch Deutsche. Wir sind hellhäutig, abgesicherte Mittelschicht, heterosexuell, mehr oder weniger christlich.“ Zumindest gehen sie Weihnachten in die Kirche.

Diese Mittelschicht macht inzwischen weniger als 60 Prozent der Gesamtgesellschaft aus. Dennoch ist und bleibt sie die Stütze des Staates und der mit ihr verbundenen

Parlamentsdemokratie. Sie bildet das Gros der Wählerschaft. Ihre Kinder besuchen die Gymnasien und Universitäten, bevor sie entweder in der Wirtschaft oder im Staatsdienst Karriere zu machen versuchen. Die Mittelschicht stellt die Verwaltungsangestellten, die Juristinnen und Juristen, die Polizeikräfte, die LehrerInnen und KindergärtnerInnen, den Großteil der Bundeswehrangehörigen und auch die meisten politischen MandatsträgerInnen. Auf ihr beruht die parlamentarische Demokratie in Deutschland genauso wie in ganz Europa.

Damit es Minderheiten gibt, muss es eine Mehrheit wie die gerade beschriebene geben. Sie geht mit den Minderheiten um. Manchmal lebt sie mit ihnen harmonisch zusammen. Manchmal leben Mehrheit und Minderheit nebeneinander ohne Berührungspunkte zu haben. Und manchmal entstehen Konflikte, die zu Spannungen und Misstrauen führen. Mehr als einmal in der europäischen Geschichte entluden sie diese Spannungen zwischen Mehrheit und Minderheit mit brutalster Gewalt. Beispiele aus dem vergangenen Jahrhundert sind uns allen bekannt.

In den letzten Jahren haben besonders die Konflikte bezüglich der in beinahe allen Ländern Europas vertretenen Fahrenden-Gruppen eine große Aufmerksamkeit erlangt. Die Namen für sie sind sehr verschieden, da sie auch unterschiedliche Gruppen bezeichnen, die teilweise gar nichts miteinander zu tun haben, aber darauf kommt es an dieser Stelle nicht an. Die Mehrheitsgesellschaft ignoriert diese Unterschiede sowieso: Zigeuner, Roma, Sinti, Kalé, (Irish) Travellers, Woonwagenbewoners, Aschkali, Kalderasch, Jenische etc.

Im September 2013 berichtete eine Stockholmer Tageszeitung, dass die schwedische Polizei in der Provinz Schonen die persönlichen Daten von 4.000 Roma gesammelt und sogar Stammbäume angelegt hatte. Ein Viertel der erfassten Personen war minderjährig. Konsequenzen hatte diese nach nationalem wie internationalem Recht illegale Datenbank nicht. Im selben Monat äußerte der französische Innenminister Manuel Valls in einem Radiointerview die Meinung, dass Roma „eine Bevölkerung mit einem extrem anderen Lebensstil als dem unseren [seien] und es ist daher selbstverständlich, dass sie auf Konfrontation aus sind.“ Andere Politiker wie der Senator Serge Dassault oder der Bürgermeister Gilles Bourdouleix äußerten sich sogar weit extremer. Und das ohne nennenswerte Folgen für sie. Letzterer hätte mit seiner Aussage, dass Hitler nicht genug Roma umgebracht hat, sicherlich den Beifall eines Wolen Siderow gefunden. Der bulgarische Ultranationalist und Vorsitzender der drittstärksten Partei seines Landes forderte 2006 „die Zigeuner zu Seife zu machen“. In Ungarn vergiftet die neofaschistische Jobbik-Partei seit Jahren das gesellschaftliche Klima und leistet einem Antiziganismus Vorschub, der in den letzten Jahren auch zunehmend gewalttätig geworden ist. Im

Anschluss an den Kosovo-Krieg 1998 hatten die siegreichen kosovarischen Nationalisten bereits circa 50.000 Roma vertrieben. Viele von diesen fanden den Weg nach Deutschland, wo sie jedoch höchst abweisend behandelt wurden. In Ländern wie Tschechien oder der Slowakei hat sich die öffentliche Meinung in den letzten Jahren zunehmend gegen die Roma gewandt. Aber auch in Griechenland, Irland, Spanien und Großbritannien werden Roma Opfer von Diskriminierung oder sogar Gewalt durch Privatpersonen oder staatliche Stellen.

Besonders auffällig ist, dass all diese Äußerungen oder Taten keine Konsequenzen im juristischen oder gesellschaftlichen Sinne für ihre Urheber hatten. Lediglich einige wenige kritische Stimmen hatten auch welche gefordert. Nach dem Bekannt werden der genannten Fälle schrie die Gesellschaft (wenn überhaupt) kurz auf, zeigte sich symbolisch empört und hatte die ganze Sache drei Tage später wieder vergessen. Es gab wichtigeres zu bereden. Doch selbst die ritualisierte Empörung ist in letzter Zeit zurückgegangen. Wie kann das eigentlich sein? Sollten nicht der Staat und erst recht die Zivilgesellschaft derartigem Rassismus vehement entgegenreten?

So unterschiedlich die gesellschaftlichen Realitäten in den Ländern Europas auch sein mögen, überall spielt populistische Meinungsmache eine zunehmende Rolle an den Wahlen. In Westeuropa haben sich die traditionellen Parteienmilieus weitgehend aufgelöst, seit dem Zusammenbruch der Ein-Parteien-Staaten in Osteuropa konnten sich dort auch keine etablieren. Unabhängig vom Anstieg des Bruttoinlandsprodukts wird die sozioökonomische Situation der staatstragenden Mittelschichten überall schwieriger. Signifikante Wohlstandsverluste sind für große Teile der Mittel- und Unterschicht allerorts zu verzeichnen und das bereits unabhängig von der noch immer andauernden Euro- und Bankenkrise. Anstatt die Strukturen hinter diesen Entwicklungen aufzufindig und verantwortlich zu machen, neigt die Mittelschicht zu einer aggressiven Wagenburgmentalität. Alles und jeder wird dabei attackiert, was daran schuld sein könnte (nur nicht die wirkenden Mechanismen an sich).

Medien und Politiker kanalisieren diese destruktive Energie ebenfalls gegen Minderheiten, kulturelle wie soziale. Einerseits da es sich gut verkauft, andererseits da so Wahlen leichter zu gewinnen sind als mit logischen Argumenten. Fahrenden-Gruppen bieten sich deshalb in ganz Europa als die Sündenböcke der Gesellschaft an, weil sie sowohl überall anzufinden sind als auch weil keine nennenswerten Mächte existieren, die bereit sind sie zu schützen. Sie haben keinen eigenen Nationalstaat, sind allerorts in der Minderheit, verfügen über keine einflussreiche oder finanzstarke Lobby.

Ebenfalls höchst kontraproduktiv wirkt der Glaube vom homogenen Nationalstaat, der sich offenbar in ganz Europa durchgesetzt zu haben scheint. Selbst die politische Linke hat

ihn mehrheitlich akzeptiert und setzt ihn sogar selber für ihre Zwecke ein. Dabei handelt es sich bei Nationalismus um nichts anderes als eine Illusion, eine *imagined community*, einen plumpen Versuch die komplizierte Realität durch eine fast schon überlogische Vorstellungswelt zu ersetzen. Die Gefährlichkeit dieser Illusion kann am Beispiel der Fahrenden anschaulich gemacht. Antiziganische Gesetzgebung und Verfolgung existierte schon vor dem Nationalismus, wurde aber durch diesen massiv verschärft. Die Ermordung hunderttausender Angehöriger von Fahrenden-Gruppen durch die deutschen Nationalsozialisten und ihre faschistischen Helfer vor Ort im Zuge des sogenannten „Porajmos“ war die schändliche Spitze des Eisbergs.

Demokratie ist sehr fragil und zerbrechlich. Wenn sie besteht, muss sie anerkannt und gefördert werden von allen Teilen einer Gesellschaft, um nicht eines Tages wieder zerstört zu werden.

Demokrat zu sein ist eine Lebenseinstellung, ein *way of life*, die tägliche Anwendung demokratischer Prinzipien wie Freiheit und Gleichheit im persönlichen Alltag. Ich bin davon überzeugt, dass sowohl Nationalismus als auch das derzeit bestehende Wirtschaftssystem nicht gleichzeitig mit gelebter Demokratie existieren können. Dafür bestehen zwischen diesen zu viele Zielkonflikte. Nationalismus strebt nach größtmöglicher Homogenität und versucht Unterschiede zu nivellieren, wo es nur geht, wie es nur geht. Kapitalismus bedeutet die zunehmende Erwerbsorientierung aller Strukturen einer Gesellschaft. Alles hat dabei einen berechenbaren Wert, den es zu nutzen gilt. Demokratie ist die sogenannte Herrschaft des Volks über sich selbst. Sie geht einher mit einem Streben nach Freiheit, Gleichheit und Solidarität für alle Menschen, mit allen Menschen und durch alle Menschen.

Wir müssen uns klar werden, was wir als Gesellschaft wollen, und dann müssen wir uns entscheiden. Das vergangene Jahrhundert hat gezeigt, was geschehen kann, wenn wir es nicht tun.